

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste unseres Parteitages,

in 15 Tagen fällt in diesem Land Sachsen-Anhalt eine politische Richtungsentscheidung, und unsere Chancen, diese Entscheidung zu gewinnen und damit die Richtung der Politik in den nächsten 5 Jahren zu bestimmen, ist heute so groß wie noch nie. Und es ist eine Richtungsentscheidung, die tief in das Leben aller Menschen hier in Sachsen-Anhalt eingreift. Es ist die Entscheidung über weitere Entwicklungschancen unseres Landes, und da geht es nicht nur um die nächsten 5 Jahre, sondern es geht um die Perspektive einer ganzen Generation.

Es geht darum, ob dieses Land ein sozial gerechteres Land wird oder ein Land, das sich blind den Gesetzen des Marktes unterwirft. Es geht darum, ob alle Menschen in Sachsen-Anhalt eine Entwicklungsperspektive bekommen können oder ob die Gruppe derjenigen, die an den Rand gedrängt werden, immer größer wird und Perspektivlosigkeit und Verbitterung die Oberhand gewinnt. Es ist die Entscheidung darüber, ob junge Menschen ihre Zukunft in Sachsen-Anhalt sehen, egal, ob sie hier geboren sind oder woanders herkommen oder ob sie unser Land verlassen.

Diese Entscheidungen werden am 20. März gefällt, und sie werden für mehr als 5 Jahre gefällt. Und liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde und Sympathisanten, wir haben noch 15 Tage Zeit, diese Entscheidung zu gewinnen.

Wir haben noch 15 Tage Zeit, in unserem Land einen Aufbruch zu ermöglichen oder es weiter in einem Dämmerzustand der jetzigen Koalition zu belassen, die sich an ihren selbst gemachten Erfolgsmeldungen berauscht, die mit dem wirklichen Leben der Menschen hier fast gar nichts mehr zu tun haben und die beweisen, wie weit der Realitätsverlust vor allem bei der CDU vorangeschritten ist.

Einer unserer wichtigsten Vorteile in der letzten Phase des Wahlkampfes ist unser Realitätsbezug. Im Gegensatz zur CDU wissen wir, wie die Situation der Leute in unserem Land wirklich ist. Wir wissen, welche Chancen in den letzten 5 Jahren wirklich verpasst worden sind. Und vor allem, liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen, wie wir diese Bremsen lösen können, wie wir die angestauten Probleme wirkungsvoll angehen, ohne jemals den Eindruck zu erwecken, dass wir diese hier in kurzer Zeit in unserem Land allein lösen können.

Und das zentrale Thema für viele Menschen in unserem Land ist tatsächlich die Situation in der Arbeitswelt. Ja, und auch hier muss man sagen, dass dies der Bereich ist, in dem die Menschen die größten Erwartungen an uns haben, völlig zu Recht übrigens, indem jedoch auch Erfolge nicht sofort und überall möglich sein werden.

Aber schauen wir uns doch die Situation im Bereich der Wirtschaft einmal aus der Sicht der Beschäftigten an. Da überlagern sich in Sachsen-Anhalt gleich mehrere Problemlagen. Besondere bundespolitische Entwicklungen und ostdeutsche Trends wirken in unserem Land, und keine Landesregierung ist in der Lage, diese bedeutungslos werden zu lassen.

Dazu zählt u. a. die extrem schlechte Lohnentwicklung der letzten 15 Jahre in der gesamten Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis zu anderen Industrienationen, die zu einer besonderen Schwäche des Binnenmarktes führt und zur Erosion der sozialen Sicherungssysteme wie Rente und Krankenversicherung. Dazu gehört aber auch die Auswirkung des demografischen Wandels und der Abwanderung auf die Arbeitslosenstatistik im Osten Deutschlands. Wollen wir eine sachliche Bestandsaufnahme der Leistungen oder besser Fehlleistungen der CDU-geführten Landesregierungen seit 2002 vornehmen, müssen wir uns anschauen, wie sich Sachsen-Anhalt im Bereich der Arbeitswelt im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Flächenländern entwickelt hat. Und da gibt es erhebliche Auffälligkeiten.

Das Land Sachsen-Anhalt ist im Osten Deutschlands das Land mit der höchsten Arbeitsproduktivität. Sie liegt mit 104 % über dem Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer, übrigens in dieser Größenordnung schon seit 2002. Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist durchaus etwas, auf das wir stolz sein können, weil es das Ergebnis der harten Arbeit vieler Menschen in diesem Land ist, nicht aber Folge von CDU-geführten Landesregierungen. Andererseits müssen wir natürlich sagen, dass dies immer noch 83 % des bundesdeutschen Durchschnittes ist. Und trotzdem, und das ist der eigentliche politische Skandal, verdienen die Leute hier die geringsten Stundenlöhne in der ganzen Bundesrepublik Deutschland. Sie betragen nur 97 % des ohnehin schlechten ostdeutschen Durchschnittes und nur 75 % des Bundesdurchschnittes. Schon an diesen Zahlen wird deutlich, dass der geringe Verdienst der Menschen in Sachsen-Anhalt eben nicht zu allererst einer niedrigeren Produktivität geschuldet ist. Nein, die Menschen bekommen in unserem Land Sachsen-Anhalt nicht den Lohn, den sie mit ihrer Arbeit erwirtschaften, ihre Arbeit wird nicht anerkannt, sie schaffen Werte, aber sie schaffen sie ganz offensichtlich für andere. Und das dies so ist, ist Folge einer falschen Landespolitik. Und wenn damit Schluss sein soll, wenn die Menschen einen gerechten Lohn für ihre harte Arbeit bekommen sollen, dann muss diese falsche Landespolitik abgewählt werden, und das können wir schaffen am 20 März mit einem Sieg der LINKEN. Und genau darum, liebe Genossinnen und Genossen, geht es in den nächsten 15 Tagen.

Nun weiß ich auch, welche Argumente uns entgegen gehalten werden. Der Kollege Haseloff mit seiner rosaroten Brille und seinen Erfolgsmeldungen, an die er ganz offensichtlich selbst glaubt, erzählt landauf und landab, dass man doch bei den Stundenlöhnen im ostdeutschen Mittelfeld liegen würde. Entlarvend ist dabei, dass er sich ausdrücklich und ausschließlich nur auf die Löhne der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitarbeitsplätze bezieht. Und das, liebe Genossinnen und Genossen, ist entlarvend. Denn diese Arbeitsplätze stellen nur noch rund 60 % aller Beschäftigungsverhältnisse in Sachsen-Anhalt dar. Der wirkliche Niedriglohnsektor in Sachsen-Anhalt findet sich allerdings viel stärker im Teilzeitbeschäftigten-Bereich. Wie hoch sind denn die Anteile von Vollzeitbeschäftigung im Handel, im Gastronomiebereich, in den Call-Centern, im Reinigungsgewerbe? Die Masse der dort Beschäftigten arbeiten in schlecht bezahlten Teilzeitbeschäftigungen. Und da sagt Herr Haseloff ganz klar, für diese Beschäftigungsverhältnisse wäre er nicht zuständig. Doch, liebe Genossinnen und Genossen, auch dafür sind wir zuständig, weil wir ein Land für alle wollen, ein Land, in dem niemand an den Rand gedrängt wird, ein Land, in dem jeder in Würde leben und arbeiten kann. Diese große Gruppe von Beschäftigten interessiert die CDU nicht, aber wir vertreten ihre Interessen. Und das ist der Unterschied zwischen CDU und LINKE. Darum geht es uns am 20. März und deswegen müssen wir die Wahl gewinnen.

Und weil diese Menschen für die CDU nicht interessant sind oder weil sie es eigentlich ganz gut findet, dass es diesen Niedriglohnsektor gibt, deshalb sind sie gegen einen gesetzlichen Mindestlohn. Und wir sind dafür. Deswegen sind sie gegen ein Vergabegesetz und wir sind dafür. Deswegen sind sie gegen die Bindung von Fördermitteln an gut entlohnte Arbeitsplätze und wir sind dafür. Das ist der einfache und klare Unterschied zwischen CDU und der LINKEN. Und dieser einfache klare Unterschied steht am 20. März zur Wahl. Und das ist der Grund, warum wir diese Wahl gewinnen können. Weil die Mehrheit der Menschen hier unsere Position vertritt, weil wir und nicht die CDU dabei die Mitte der Gesellschaft vertreten.

Interessant ist übrigens in diesem Zusammenhang, dass diejenigen Berufe, die so überdurchschnittlich stark von Niedriglohn betroffen sind, Berufe sind, in denen überwiegend Frauen arbeiten. Und ich bin der festen Überzeugung, dass auch das ein Grund ist, warum sich die Kollegen der CDU dafür nicht interessieren. Und so überrascht es nicht, dass zu Beginn der Woche die Vorsitzende des Landesfrauenrates in Sachsen-Anhalt einschätzte, dass die Koalition aus CDU und SPD, sie ist übrigens selbst SPD-Mitglied, in den letzten 5 Jahren nichts aus der Sicht von Frauen vorzuweisen hat, ja, dass es 5 verlorene Jahre waren. Umso wichtiger ist es zu verhindern, dass diese Koalition aus CDU und SPD weitere 5 Jahre an der Macht bleibt und das Land weitere 5 Jahre verliert.

Nun heftet sich vor allem die CDU einen Erfolg bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an und nimmt dafür die gesunkenen Zahlen in der Arbeitslosenstatistik als Grundlage. Eine Arbeitslosenstatistik allerdings, in der diejenigen, die resigniert haben, nicht auftauchen, in der der 400-Euro-Jobber als Beschäftigter gilt, aus der der 1-Euro-Jobber heraus gefallen ist ebenso wie der kranke Arbeitslose, hat kaum noch einen Aussagewert. Daneben kann man die Arbeitslosenquote auch dadurch senken, dass besonders viele Menschen auf der Suche nach Arbeit das Land verlassen und deshalb sehr viel mehr Menschen in Rente gehen, als junge Menschen auf den Arbeitsmarkt kommen. Wollen wir uns die realen Leistungen der CDU-geführten Landesregierungen seit 2002 anschauen, müssen wir uns darauf konzentrieren, wie sich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in unserem Land entwickelt hat. Und da merken wir auf einmal, dass die Erfolgsbilanz der CDU wie ein Kartenhaus in sich zusammenfällt. Seit 2002 hat dieses Land 30.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verloren, das sind mehr als 4 %. Das ist der höchste Rückgang in allen ostdeutschen Bundesländern in diesem Zeitraum. Im Verhältnis zu 2006 stieg in allen ostdeutschen Bundesländern die Zahl dieser Beschäftigungsverhältnisse. Auch in Sachsen-Anhalt um etwa 23.000, aber auch hier wieder dasselbe Problem: Dies ist die schlechteste Entwicklung unter den 5 ostdeutschen Bundesländern. In allen anderen ostdeutschen Bundesländern war die prozentuale Steigerung deutlich höher.

Unterm Strich bleibt eines ganz klar stehen: Sachsen-Anhalt hat trotz hoher Produktivität die niedrigsten Löhne in Deutschland und die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse haben sich unter Führung der CDU schlechter entwickelt, als in allen anderen ostdeutschen Bundesländern. Dies ist die wahre Bilanz der CDU-geführten Landesregierung seit 2002 und das ist die Politik, die am 20. März abgewählt werden muss. Für mehr Beschäftigung und für bessere Löhne, darum geht es am 20. März und deshalb müssen wir gewinnen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben alternative Konzepte, ich bin bereits vorhin darauf eingegangen. Sowohl ein Vergabegesetz als auch die Bindung von Fördermitteln an die Qualität von Arbeitsplätzen schaffen neue Perspektiven. Der konsequente Einsatz einer Landesregierung für den gesetzlichen Mindestlohn auf Bundesebene und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Tarifverhandlungen sind gerade aus Sachsen-Anhalt notwendig und nötig. Nur eins ist klar, die jetzige Landesregierung ist dazu nicht in der Lage, sie ist dazu nicht bereit und deshalb muss sie abgewählt werden.

Wir haben insgesamt 9 Konzepte für die verschiedenen Politikbereiche in den letzten Wochen entwickelt. Eines davon beschäftigt sich ausdrücklich mit dem Thema Wirtschaft und Arbeitswelt. Hier sind unsere Vorhaben detailliert aufgelistet, bis hin zum öffentlich geförderten Beschäftigungssektor als Gegenmodell zur Bürgerarbeit, und jedem, der im Wahlkampf erzählt, dass wir keine Konzepte hätten und die Dinge nicht durchgerechnet haben, könnt Ihr offensiv entgegenreten. Keines der Papiere der anderen Parteien ist so analytisch, so ehrlich und so genau wie die von uns vorgelegten Konzepte gerade im Bereich von Wirtschaft und Beschäftigung.

Lasst mich bitte aus aktuellem Anlass noch auf eine sehr wichtige Frage eingehen, die in den letzten Wochen in den öffentlichen Foren eine sehr wichtige Rolle gespielt hat. Viele, vor allem ältere Menschen in Sachsen-Anhalt empfinden es als schreiende Ungerechtigkeit, dass auch bei der Berechnung ihrer Rente ihre Lebensleistung, die sie hier erbracht haben, weniger zählt als im westlichen Teil unseres Landes. Dies ist zwar ein bundespolitisches Thema, aber wir sagen natürlich zu Recht, dass mit der Wahl zum Landtag von Sachsen-Anhalt auch bundespolitische Themen eine ganz wichtige Rolle spielen. Und ein Sieg der LINKEN wäre ein ganz klares Signal für mehr Rentengerechtigkeit gegenüber dem Osten. Speziell zu dieser Frage hat die Bundestagsfraktion in der letzten Woche einen Antrag gestellt, der die Benachteiligung von Ostdeutschen bei der Rentenberechnung in 19 Fällen beseitigen wollte, z. B. bei den Frauen, die vor 1989 geschieden worden sind. All diese Anträge wurden von der Koalition aus CDU und FDP abgelehnt. Meistens auch von SPD und GRÜNEN, wobei die sich manchmal auch ganz mutig enthalten haben. Wir werden in den nächsten 15 Tagen an unseren Infoständen 30.000 Flugblätter verteilen, aus denen hervorgeht, wie jeder einzelne Bundestagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt bei der Abstimmung gestimmt hat. Dann können sich die Wählerinnen und Wähler in unserem Land selbst ein Bild darüber machen, wer die Interessen der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner in Berlin wirklich vertritt und wer nur leere Versprechungen in Wahlkampfzeiten macht. Gleichzeitig müssen wir allerdings bei all diesen Diskussionen immer darauf hinweisen, dass es uns natürlich um die Verbesserung der sozialen Sicherungssysteme für alle Menschen in der gesamten Bundesrepublik Deutschland geht, dass wir also gegen die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme kämpfen und für die Verbesserung der Einnahmebasis der Rentensysteme.

Neben den schlechten Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt spielt im Wahlkampf vor allem der Zustand unseres Schulsystems eine große Rolle. Inzwischen ist es so, dass eine Mehrheit im Land Sachsen-Anhalt davon überzeugt ist, dass es so nicht mehr weiter gehen kann. Im letzten Jahr haben mehr Kinder die Schule ohne Schulabschluss oder nur mit einem Hauptschulabschluss verlassen als Jugendliche, die das Abitur abgelegt haben. Mit diesem Ergebnis produzieren wir den Fachkräftemangel von Morgen genauso, wie Jugendarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung.

Die Entwicklung der Produktivität gerade auch in Sachsen-Anhalt verlangt immer höhere Qualifikationen als in der Vergangenheit. Das Ergebnis des gegliederten Schulsystems ist jedoch seit Jahren, dass die Qualität der Abschlüsse stagniert und jetzt sogar sinkt. Und das, obwohl wir jetzt noch vergleichsweise viele Lehrkräfte in den Schulen zur Verfügung haben.

Andererseits sagen wir überall ganz klar, dass ein radikaler Wechsel des Schulsystems die Eltern und Schüler, aber auch die Lehrerinnen und Lehrer überfordern würde. Deswegen sieht unser Konzept vor, vor allem die Sekundarschule so zu stärken, dass die Kinder dort bis zur 9. Klasse wirklich die Angebote bekommen, die es ihnen ermöglichen, danach in die Abiturstufe zu wechseln. Dadurch ermöglichen wir gemeinsames längeres Lernen, ohne die Sekundarschule und das Gymnasium als Schulform aufzuheben, wie vor allem von der CDU behauptet wird.

Denen geht es jedoch nur um eines: Sie wollen in der Schule, wie auch auf allen anderen Feldern, die soziale Spaltung der Gesellschaft beibehalten. Es geht ihnen um die vermeintlichen Privilegien des Bürgertums nach dem Vorbild des vorletzten Jahrhunderts, und sie merken dabei nicht, dass auch die Kinder, denen sie vermeintlich ihre Privilegien sichern wollen, in diesem gegliederten Schulsystem viel schlechtere Bedingungen vorfinden als in unserem Konzept vom gemeinsamen längeren Lernen.

Das gemeinsame längere Lernen wird als Ziel inzwischen genauso von einer breiten Mehrheit in Sachsen-Anhalt getragen, wie der gesetzliche Mindestlohn, und eine höhere Tarifbindung genauso, wie die Verbesserung der Chancengleichheit für alle Kinder, unabhängig von ihrem Elternhaus. Und wir, liebe Genossinnen und Genossen, sind die Partei, die diese Position am entschiedensten vertritt.

Deshalb ist es für mich auch nicht mehr zu akzeptieren, wenn die CDU sich heute immer noch hinstellt und von sich behauptet, sie wäre die politische Mitte. Nein, liebe Genossinnen und Genossen, in all diesen Fragen repräsentieren wir, DIE LINKE, die Mitte der Gesellschaft, und die CDU vertritt Randpositionen, und deswegen haben wir eine so große Chance, diese Landtagswahl zu gewinnen und damit der wirklichen politischen Mehrheit eine Stimme zu geben und ihre Interessen durchzusetzen.

Es ist kein Zufall, dass sich diese politischen Mehrheiten in den letzten Jahren in Sachsen-Anhalt geändert haben. Sehen wir uns nur einmal das Beispiel der Kinderbetreuung an. Viele von uns haben beim Volksentscheid unwahrscheinliche Energien entwickelt, um ihn möglich zu machen und auch, um ihn zu gewinnen. Zwar haben wir eine Mehrheit für die Ganztagsbetreuung erkämpft, aber die Zahl der Stimmen hat insgesamt nicht ausgereicht. Wichtige Wohlfahrtsverbände und die SPD waren damals gegen uns. In den letzten Jahren ist es uns gelungen, die Mehrheiten zu verändern. Wir haben jetzt für unsere Forderung für eine Ganztagsbetreuung für alle Kinder eine breite gesellschaftliche Unterstützung, und auch die SPD tut so, als wäre das schon immer ihre Position gewesen.

Natürlich geht es dabei auch weiterhin um die moralische Verpflichtung, die die Gesellschaft jedem Kind gegenüber hat. Und es schmerzt mich heute genauso wie seit einigen Jahren, wenn ich Kinder sehe, die auf die Unterstützung von Tafeln angewiesen sind, um sich satt essen zu können in dieser reichen Bundesrepublik. Das ist ein Skandal, mit dem wir uns auch in Zukunft nicht abfinden werden, und auch darum geht es am 20. März bei der Landtagswahl.

Danben haben die Menschen in diesem Land aber auch verstanden, dass es für uns alle keine Zukunft geben wird, wenn wir es nicht schaffen, den vielen Kindern aus den Hartz-IV-Familien und aus den Familien, denen es auch nicht wesentlich besser geht, bessere Entwicklungschancen zu ermöglichen. Hier werden so wenige Kinder geboren, dass Sachsen-Anhalt nur dann eine Zukunft hat, wenn jedem Kind eine Perspektive eröffnet wird. Diese Erkenntnis hat sich inzwischen durchgesetzt, und auch deshalb haben wir inzwischen die Mehrheit in diesem Land.

Ein weiterer großer Komplex in den Auseinandersetzungen der nächsten 15 Tage ist die Zukunft der öffentlichen Daseinsvorsorge, und damit im Zusammenhang stehend die Zukunft des öffentlichen Dienstes. Auch hier verweise ich auf unser detailliertes Konzept, das wir dazu vorgelegt haben, sowohl mit Blick auf Stabilisierung aller Regionen im Land als auch zur Perspektive des öffentlichen Dienstes. Und auch an dieser Stelle bleiben wir ehrlich, weil wir die Realitäten und Rahmenbedingungen in unserem Land kennen. Ja, es wird in der nächsten Legislaturperiode einen Rückgang in diesem Bereich geben, die Gründe dafür habe ich schon ausführlich erläutert. Worin wir uns aber von den anderen klar unterscheiden, ist unser politisches Programm zur offensiven Nachwuchsgewinnung für den öffentlichen Dienst, unser Konzept für die Arbeitsbedingungen in diesem Bereich und auch die höheren Zielzahlen im Vergleich zur jetzigen Landesregierung.

In unserem heutigen Leitantrag sind die vielen Themen aufgelistet, die ich heute hier nicht mehr behandeln kann. Sie sind natürlich trotzdem wichtig, und wir haben zu all diesen Fragen detaillierte Konzepte und Programme vorgelegt. Ob zur Gleichstellung, zu den Hochschulen, zum ländlichen Raum, zur öffentlichen Sicherheit, zu Energie- und Umweltfragen und vielem mehr. Wir können voller Stolz und Berechtigung sagen, wir sind die Konzeptpartei in diesem Wahlkampf, wir sind die Einzigen, die auf der Straße inhaltliche Botschaften vermitteln. Und deswegen ist es auch wichtig klar zu sagen, dass wir einen Kompetenzvorsprung gegenüber den anderen für die nächste Legislaturperiode haben.

Lasst mich jetzt bitte etwas zu den politischen Gegnern sagen. Und zu Beginn zu einer Partei, die ich ganz bewusst als unsere Feinde bezeichne, weil sie die Feinde von Demokratie und Menschlichkeit sind, zur NPD - dem parteipolitischen Arm des organisierten Rechtsextremismus. Eigentlich müsste man über die nicht viele Worte verlieren. Die NPD in Sachsen-Anhalt ist ein in sich zerstrittener Haufen, bestehend aus 230 Mitgliedern, aus Dresden ferngesteuert. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen alle, dass dies eben nicht so einfach ist. Die Faschisten treten im Wahlkampf provokant und laut auf, sie versuchen, die Demokraten einzuschüchtern und mit ihren Schlägertrupps Angst zu verbreiten. Dann geben sie sich wieder heimatverbunden und bieder. Alles nur, um möglichst viele Menschen zu täuschen und für sich zu vereinnahmen, wie in Laucha oder Krauschwitz. Die Maske lassen sie dann fallen, wenn sie in die Enge getrieben werden oder wenn sie meinen, dass es jetzt günstig wäre, andere Seiten aufzuziehen. Machen wir uns alle nichts vor, wenn sie die Möglichkeit haben, dann setzen sie auf Terror und Gewalt.

Die große Gefahr besteht bei uns darin, dass es viele Menschen gibt, die faschistische und rassistische Thesen nicht nur akzeptieren, sondern bewusst vertreten. Und ein weiteres Problem besteht darin, dass sich viele Menschen von den demokratischen Parteien nicht vertreten fühlen. All das sind langfristige Probleme, die wir kennen und mit denen wir uns auseinander setzen.

In den nächsten 15 Tagen geht es darum, vor allem unsere Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren, um den Einzug der NPD in den Landtag zu verhindern. Überall dort, wo sie auftreten, müssen wir versuchen, sie zu isolieren. Wir müssen versuchen, sie zu marginalisieren, so wie das letzten Dienstag beim Wahlforum der Volksstimme und des MDR gut gelungen ist. Es waren Mitglieder unserer Partei, die mit dem Ruf „Nazis raus“ angefangen haben. Und dann haben viele Hundert mitgemacht. Ich weiß, dass die Bedingungen nicht überall so gut sind, wie an diesem Abend. Aber gerade deshalb ist es wichtig, dass wir überall dort, wo Nazis auftreten, z. B. parallel zu unserem Parteitag in Sangerhausen, mit Protestaktionen dagegen wahr zu nehmen sind, wie es jetzt gerade Jutta Fiedler, Roland Claus und viele andere Genossen vor Ort machen.

In diesem Zusammenhang bitte ich euch, eine Aktion des Vereins Miteinander zu unterstützen, der auf seiner Internetseite die Kampagne „Kein Ort für Nazis“ gestartet hat. Klickt euch da bitte ein und unterstützt diese Kampagne.

Und auch dieses Argument müssen wir in den nächsten 15 Tagen den Zweiflern und den Unentschlossenen auf den Weg geben: Wer nicht zur Wahl geht, um uns zu wählen, unterstützt damit indirekt die NPD, die es dann schaffen kann, in den Landtag einzuziehen und ihre Hetze mit öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Und wenn es nichts anderes gäbe, liebe Genossinnen und Genossen, allein, um das zu verhindern, lohnen sich am 20. März der Gang zur Wahlurne und die Wahl unserer Partei.

Lasst mich jetzt etwas zu unseren politischen Gegnern und Konkurrenten im Wahlkampf, CDU und SPD, sagen.

Die bundespolitische Bedeutung einer Wahlniederlage der CDU in Sachsen-Anhalt muss ich hier nicht noch einmal erläutern. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, allein die Vorstellung, wir könnten diese Landtagswahl gegen die CDU gewinnen, wir könnten das erste Mal in der Geschichte unserer Partei eine Landtagswahl gewinnen, ist für die Kollegen der CDU so schrecklich, dass wir ihnen diese Erfahrung einfach verschaffen müssen. Von einem solchen Wahlsieg gegen die CDU würde ein klares Signal für mehr soziale Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit in diesem Land ausgehen. Wir würden es schaffen, Marktgläubigkeit und die satte Selbstzufriedenheit der CDU zu erschüttern. Und die Menschen in diesem Land haben ein Recht auf diese Niederlage der CDU, weil die CDU nicht mehr die Realitäten in diesem Land wahrnimmt, weil Sachsen-Anhalt nach Einschätzung ihres Spitzenkandidaten kurz vor der Einführung des Paradieses steht.

Ich nenne euch nur ein Beispiel: Da behauptet doch dieser Wirtschaftsminister, dass in den letzten Jahren seit Beginn der Legislaturperiode 80.000 neue Arbeitsplätze im gewerblichen Bereich geschaffen worden sind. Ihr könnt euch sicher sein, wir haben uns wirklich viel Mühe gegeben, diese 80.000 neuen Arbeitsplätze zu finden. Es ist uns nicht gelungen. Und das hat einen einfachen Grund: Sie existieren nur im Kopf des Herrn Haseloff, und für den sind wir nicht zuständig, denn ich hatte ja bereits vorhin erwähnt, dass in diesem Zeitraum nur etwas mehr als 20.000 Arbeitsplätze im ganzen Land entstanden sind. Was der Herr Wirtschaftsminister hätte wissen können, ist etwas anderes, das steht nämlich in den Mitteilungen seines eigenen Ministeriums: Danach sind mit Fördermitteln in den letzten Jahren nur 20.000 neue Arbeitsplätze entstanden und angeblich über 60.000 bestehende Arbeitsplätze gesichert worden. Was man ohnehin nie wirklich feststellen kann, denn niemand weiß, was mit den Arbeitsplätzen passiert wäre, wenn es diese Förderung nicht gegeben hätte.

Und dann erzählt dieser Herr Minister, dass wir als Opposition ja so was alles gar nicht wissen können. Da sage ich: Doch Herr Minister, das können wir! Wir sprechen mit den Leuten, wir können lesen und wir können sogar rechnen. Und im Gegensatz zur CDU offensichtlich sogar fehlerfrei.

Ja, sie werden nervös, die Kollegen der CDU, und wir wissen, dass sie allen Grund dazu haben. Es ist uns gelungen, die Frage nach den Arbeitsbedingungen und die Bilanz des Schulsystems - beides von der CDU wesentlich zu verantworten - als zentrale Themen des Wahlkampfes zu positionieren. Das ist unser erster strategischer Sieg, und der nächste Schritt muss sein, diesen in einen Wahlsieg zu verwandeln.

Allerdings, und das ist wirklich schlimm, überschreitet die CDU in ihrer Angst vor der LINKEN die Grenzen des demokratischen Streits. Dass sie die Kommunismusdebatte dazu benutze, um ihre eigenen Wähler mit einer Angstkampagne gegen uns zu mobilisieren, ist an sich schon schlimm genug, aber nichts wesentlich neues mehr. Neu ist lediglich, dass ich inzwischen den Eindruck habe, dass die Spitzen der CDU diesen Quatsch auch noch selber glauben. Ich bin mir aber auch sicher, dass die Menschen in unserem Land uns als Demokraten erlebt haben und erleben und dass diese Kampagne wirkungslos bleiben wird. Und wenn die CDU das weiter macht, dann liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir den Spieß umdrehen. Dann müssen wir entlarven, dass die Einzigen, die wirklich Angst haben müssen, die CDU selbst ist, und zwar davor, in die Opposition gehen zu müssen. Und das wäre nur gerecht, weil sie mit dieser Debatte das Land spaltet, und wer das Land spaltet, der darf es nicht regieren. An dieser Stelle kann ich die Kollegen der CDU beruhigen, so schlimm ist Opposition nun auch wieder nicht. Da kann man übrigens eine Menge lernen und ich glaube, das hat die CDU auch nötig.

An einer Stelle hört der Spaß jedoch auf. Und zwar dann, wenn Vertreter der CDU so weit gehen, dass sie uns bzw. mich öffentlich mit den Faschisten auf eine Stufe stellen. Der stellv. Fraktionsvorsitzender der CDU, Herr Stahlknecht ließ sich in der Zeitung wie folgt zitieren: „Wir brauchen keine Faschisten im Landtag von Sachsen-Anhalt und keinen kommunistischen Ministerpräsidenten – ich sage das bewusst in einem Atemzug.“ Da die MLPD keinen Ministerpräsidentenkandidaten aufgestellt hat, es in dieser Frage also nur Gallert, Haseloff, Bullerjahn zur Auswahl gibt, scheint er offensichtlich mich zu meinen. Und das, liebe Genossinnen und Genossen, das dürfen wir uns von einem CDU-Funktionär nicht gefallen lassen. Dass er über die politischen Ziele unserer Partei dabei lügt, ist das Eine. Dass er dabei mich und damit uns, mit den Faschisten auf eine Stufe stellt, das ist der eigentliche Skandal. Damit unterstützt er die Faschisten und versucht, unsere Partei auf unerträgliche Weise zu diskreditieren.

Liebe Genossinnen und Genossen, dieser Mann will in der nächsten Landesregierung Minister werden. Dieser Mann vertritt möglicherweise die Mehrheit in der CDU, und wenn es keinen weiteren Grund geben würde, am 20. März zur Wahl zu gehen und DIE LINKE zu wählen, dann reicht schon dieser eine Grund aus, als Wähler am 20. März von seinem Recht Gebrauch zu machen und DIE LINKE zu wählen, denn solche Leute und eine solche Partei dürfen die Wahl nicht gewinnen. Eine solche Partei gehört abgewählt, und zwar durch uns.

Nun noch einiges zur SPD. Ich will über den Realitätsbezug dieser Partei jetzt nicht viel sagen, aber ich will dann doch schon einmal darauf hinweisen, dass auch hier die eine oder andere Wahrnehmung gestört ist. Wenn der Herr Bullerjahn behauptet, wir hätten keine Konzepte für dieses Land und für die nächsten Jahre, so ist das bestenfalls Unkenntnis, wahrscheinlich aber auch nur Ignoranz. Schaut man sich sein Personalkonzept an und vergleicht es mit unserem dazu, dann merkt man, dass unseres in sich logisch und schlüssig und von seinem inzwischen nicht mehr allzu viel übrig ist. Aber was soll man auch machen, wenn man seit einem Jahr begründet, dass man zwar für Rot-Rot aufgeschlossen ist, aber natürlich nur dann, wenn die SPD den Ministerpräsidenten stellt. Bei der CDU würde man sich schon mit dem Kultusminister zufrieden geben. Da scheint es dann schon ein bisschen billiger zu gehen.

Weitgehend Fehlanzeige besteht bei der SPD jedoch, wenn es um die Inhalte geht in diesem Wahlkampf. Da will man sich offensichtlich flexibel halten. Ja, man wäre an sich schon für einen gesetzlichen Mindestlohn, und seit einer Woche will man jetzt auch ein Vergabegesetz, und mit den Fördermitteln will man jetzt plötzlich auch Tarif-treue erreichen, aber das natürlich mit der CDU. Das Problem besteht nur darin, dass die das nicht will. Das wollte sie schon 2006 nicht und sie will es auch 2011 nicht. Und was diese Fragen anbelangt, haben wir heute in der Volksstimme die fast schon peinliche Reaktion von Herrn Haseloff zu diesem Thema, lesen können. Er will zu diesem Thema demnächst einen Arbeitskreis gründen. Und dann soll man herausfinden, wo es sittenwidrige Löhne in diesem Land gibt, und dann will man gemeinsam darüber schimpfen, aber natürlich keinen gesetzlichen Mindestlohn einführen.

Und das Problem ist, dass die Sozialdemokraten das alles wissen. Aber es ist ihnen letztlich offensichtlich egal. Es sei denn, sie entscheiden sich nach dem 20. März anders, es sei denn, sie geben in den nächsten 15 Tagen klar zu erkennen, dass es ihnen nicht nur um Posten geht, sondern wirklich um bessere Arbeitsbedingungen, wirklich um gemeinsames längeres Lernen, wirklich um Chancengleichheit für alle.

Dann müssten sie ihre Blockade gegen Rot-Rot aufgeben. Dann müssen sie in den nächsten 15 Tagen aber auch klar signalisieren, dass die stärkere Partei den Ministerpräsidenten stellen muss. Und dann müssen sie von ihrem Kuschelkurs gegenüber der CDU in den nächsten 15 Tagen erkennbar abrücken. Tun sie das nicht, dann geht es am 20. März bei der Wahl der SPD nur um die Besetzung von Posten, und eben nicht um bessere Arbeitsbedingungen, nicht um eine bessere Schule und eben nicht um Chancengleichheit für alle Kinder. Und dann bleibt für all diejenigen, die das wirklich voran bringen wollen, nur eine einzige logische Wahl, und das ist DIE LINKE, nicht die SPD. Die SPD in Sachsen-Anhalt wird erst wieder zu sozialpolitischen Inhalten zurückfinden, wenn sie von den Wählerinnen und Wählern ein klares Stoppzeichen für ihren Kuschelkurs mit der CDU bekommt. Und deswegen werben wir ausdrücklich um all diejenigen, denen es um linke Inhalte in der Politik geht und nicht um Koalitionsarithmetik. Gebt eure Stimme der LINKEN. Hier und nur hier habt ihr die Garantie, dass eure Inhalte nicht verloren gehen.

Wir haben jetzt 15 Tage Zeit, wir haben 15 Tage, in denen es darauf ankommt, ob wir es schaffen, unsere Wählerinnen und Wähler an die Wahlurne zu bringen. In diesen 15 Tagen entscheidet sich der Weg des Landes in den nächsten 5 Jahren und weit darüber hinaus.

In den nächsten 15 Tagen kann es uns gelingen, die Menschen an die Wahlurne zu bringen und diejenigen, die zweifeln, diejenigen, die vielleicht enttäuscht sind, denen müssen wir klar die Botschaft vermitteln: Wenn du nicht zur Wahl gehst, dann stimmst du auch ab und zwar für Dumpinglöhne, für die Beibehaltung eines schlecht gegliederten Schulsystems, für die Perspektivlosigkeit für Kinder aus Hartz-IV-Familien, für den Abbau von öffentlicher Sicherheit und Daseinsvorsorge, und du ermöglichst vielleicht durch deine fehlende Stimme den Nazis den Einzug in den Landtag. Und deswegen ist es auch eine Frage des Anstandes, zur Wahl zu gehen und DIE LINKE zu wählen, gerade dann, wenn du in der Vergangenheit enttäuscht warst, dann raff dich auf, dann gehe zur Wahl, dann verbessere deine Situation, indem du DIE LINKE wählst.

Wenn wir die Wahl gewinnen, dann besteht die Chance für eine Regierung mit linken Mehrheiten, dann besteht die Chance, die CDU in die Opposition zu schicken, dann besteht die Chance, dass die Realitäten in diesem Land in der Politik wieder wahrgenommen werden. Aber dafür ist es wichtig, dass du zur Wahl gehst und DIE LINKE wählst. Ein sozial gerechteres und besseres Land Sachsen-Anhalt gibt es nur mit uns. Das ist die zentrale Botschaft, wir haben noch 15 Tage Zeit, diese Botschaft offensiv und mit Freude an die Leute zu bringen. Und in den letzten Tagen spüre ich, wie die Resonanz auf uns immer besser wird. Die Leute wollen uns sehen, die wollen mit uns sprechen, die wollen von uns angesprochen werden, die warten darauf. Und wir können und müssen diese Erwartungen erfüllen, in den nächsten 15 Tagen, in denen der Weg des Landes Sachsen-Anhalt für die nächsten Jahre entschieden wird. Wenn wir alle Kräfte mobilisieren, wenn wir bis zur letzten Minute kämpfen, dann können wir gewinnen.

Und der Jubel über diesen Sieg wird dann so laut sein, dass man ihn nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern auch in Berlin, in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz hört.

Die Chance war noch nie so groß wie heute, lasst sie uns ergreifen, dann werden wir siegen.

